

# **Gesellschaftlicher Wandel und die Wahlerfolge „Die Linke“ - Neue Herausforderungen für CDU und CDA -**

Sieben Thesen zur Veränderung der Parteienlandschaft in Deutschland

**Von Karl-Albert Eßer, stellv. Landesvorsitzender der CDA in NRW**

**These 1:** Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die SPD durch seine Agenda 2010 im Kern „entwurzelt“. Viele Mitglieder aus dem Gewerkschaftsbereich und engagierte Arbeitnehmer fühlten sich in der Partei nicht mehr wohl, haben sie verlassen und sind in vielen Fällen zur damals neugegründeten WASG gegangen. Manche von ihnen haben dort schnell Führungsfunktionen auf Kreis- oder Landesebene übernommen. Diese Parteiwechsel von der SPD zur „Die Linke“ werden sich fortsetzen. Die SPD hat ihre Bindungskraft in das linke politische Spektrum hin verloren. Daran ändern auch Korrekturen an der Agenda 2010 nichts.

**These 2:** Die „neue“ Partei „Die Linke“ – der Zusammenschluss der PDS (Alt-SED) mit der WASG – hat sich spätestens seit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland etabliert. Sie ist keine ostdeutsche Regionalpartei mehr, wie dies die PDS war. Dies führt in fast allen Bundesländern und auch wieder im nächsten Bundestag dazu, dass in den Parlamenten bis zu fünf Parteien vertreten sein werden. Ob dazu immer FDP und Bündnis 90/Grüne gehören werden, ist zumindest im Osten fraglich.

**These 3:** Die SPD hat die dauerhafte Existenz der Partei „Die Linke“ im Parteiensystem nicht nur akzeptiert, sondern zugleich auch die bis zur Hessen-Wahl gültige Trennungslinie hinsichtlich einer Zusammenarbeit/Koalition aufgehoben. Dass sie eine solche Zusammenarbeit auf Bundesebene noch negiert, ist lediglich eine Frage der Zeit. Durch die von Beck vorgenommene Neupositionierung der SPD verliert die Partei weiter an Attraktivität und Zustimmung. Am Ende der Entwicklung könnten wir in Deutschland zwei annähernd gleich große Linksparteien haben. Je deutlicher sich „Die Linke“ von DKP-Sympathisanten oder auch -Mitgliedern trennt, desto eher dürfte diese Entwicklung eintreten. Dass die SPD zukünftig in den ostdeutschen Ländern selbst als Juniorpartner in eine SPD/Die Linke-Regierung eintritt, erscheint durchaus wahrscheinlich.

**These 4:** Der CDU ist es seit 1998 auf Bundesebene mit einem überwiegend auf Wirtschaftsliberalität konzentrierten Kurs nicht gelungen, die magische 40-Prozent-Grenze zu überspringen und mit der FDP eine mehrheitsfähige Regierung zu stellen. Trotz einer erfolgreichen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die derzeit in der Bevölkerung hohe Sympathie für ihre politische Arbeit genießt, bleibt sie bei Umfragen im 30-Prozent-Turm hängen. Erfolge bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg) sind allein darauf zurückzuführen, dass die jeweiligen Spitzenkandidaten zugleich wirtschaftliche Kompetenz, innere Liberalität und soziale Verantwortung als Leitmotiv ihres politischen Handelns verkörpern.

**These 5:** Die CDU hat derzeit als einzige Partei die Chance, ihren seit Gründung erhobenen Anspruch als große Volkspartei der Mitte programmatisch und konkret-politisch so einzulösen, dass sie mit nur einem Partner die Regierungsverantwortung übernehmen kann. Diesen Anspruch, der erheblich zur Stabilisierung des Parteiensystems beigetragen hat, darf sie nicht leichtfertig verspielen. Ansonsten „drohen“ der CDU dauerhaft Große Koalitionen oder mindestens ebenso schwierige Dreier-Bündnisse mit FDP und Grünen. Der CDU muss es daher gelingen, mit einer an christlichen Werten gebundenen, sowohl national als auch international angelegten Politik, wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung so miteinander zu verbinden, dass sie für „alle“ Arbeitnehmer und Arbeitsuchende ebenso wählbar bleibt wie für Mittelständler. In einer sich weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft muss die CDU allerdings ihre Integrationsfähigkeit durch gelebte Streitkultur stärken.

**These 6:** Die deutlich bröckelnde Mittelschicht, zu der bisher neben dem klassischen Mittelstand auch Arbeitnehmer wie z.B. Facharbeiter gehörten, und die zunehmende Zahl von Menschen aus den sogenannten „armutsgefährdeten“ Schichten verbindet immer mehr die Angst vor dem sozialen Abstieg. Die CDU muß wegen ihres Volkspartei-Charakters die Sorgen dieser Gruppen ernst nehmen. Beide Gruppen müssen durch die praktische Politik der CDU erfahren, dass sie durch Bildung, Leistung und Fleiß – früher Garanten für den gesellschaftlichen Aufstieg – ihren bisherigen Lebensstandard sichern, ihre Eigenständigkeit erhalten oder zumindest ein notwendiges Maß an Sicherheit und damit Verlässlichkeit für ihre Lebensplanung erhalten können. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Existenzsichernde Löhne und eine geringere Steuerbelastung für die unteren und mittleren Einkommensschichten sind ebenso notwendig wie ein deutlich höheres und längeres Arbeitslosengeld – mit der Verpflichtung zur weiteren Qualifizierung – und für die rentennahen Jahrgänge - nach jahrzehntelanger Beitragszahlung - die Gewissheit eines Alterseinkommens jenseits von Hartz-IV.

**These 7:** Aufgrund ihrer überwiegend mittelschichtorientierten Mitglieder- und Führungsstruktur fehlt der CDU die Vertrautheit mit der Lebenswirklichkeit armutsgefährdeter Schichten. Sie ist daher darauf angewiesen, dass die CDA verstärkt ihre Vereinigungsfunktion als Transmissionsriemen erfüllt - nicht nur zu Arbeitnehmern in weitgehend gesicherten Arbeitsverhältnissen, sondern gerade auch zu denjenigen, die früher eine vermeintlich sichere Beschäftigung hatten, jetzt aber zu den tatsächlichen oder möglichen Verlierern der Globalisierung und somit zu den armutsgefährdeten Schichten gehören. Diese Menschen müssen weiterhin Aufstiegsoptionen haben. Die CDA muss nachhaltig deren Teilhabechancen in Bildung, Beschäftigung, Vermögensbeteiligung, soziale Sicherheit und auch politischer Partizipation einfordern. Dies verlangt von der CDA eine neue Konfliktfähigkeit gegenüber der CDU.